

kapitalistischen Staaten zusammen. Die Krise der Stahlindustrie ist Teil der gesamtwirtschaftlichen Krise. Seit den 60er Jahren hat sich das reale Wachstum des Sozialproduktes stetig verringert, bis 1970 auf durchschnittlich 4,9 Prozent (gegenüber rund 8 Prozent in den 50ern). Dadurch sank auch die Nachfrage nach Stahl. Das wurde noch zeitweise durch eine hohe Investitionsquote von 25 Prozent verdeckt, kam aber in den 70er Jahren drastisch ans Licht. Das reale Wachstum des Bruttosozialproduktes lag bei durchschnittlich 2,8 Prozent, die Investitionsquote ging auf 23,8 Prozent im Durchschnitt zurück.¹ Auf den einzelnen Stahlbetrieb bezogen: Die Unternehmer hatten moderne Anlagen aufgebaut, um kostengünstiger zu produzieren und die Konkurrenz zurückzudrängen, doch die aufgebauten Produktionsmöglichkeiten standen einer gesunkenen Binnennachfrage gegenüber.

Zwar konnte der Stahlexport eine zeitlang die Überkapazitäten im Inland verdecken, seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 sind aber auch da Grenzen sichtbar geworden. Durch die Angleichung der Krisenzyklen in allen kapitalistischen Staaten (USA, Japan, EG-Länder) gibt es eine verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Damit verbunden waren wesentliche Verschiebungen zwischen den führenden Stahlnationen. Während Japan seinen Anteil am Welthandel von 1965 bis 1977 auf über 14 Prozent steigern konnte, fiel die Bundesrepublik auf 5,8 Prozent zurück (gesamte EG: 18,6 Prozent). Die USA lagen mit Kanada zusammen bei 19,8 und die Comecon-Länder bei 30 Prozent. Seitdem liegt die Exportquote der BRD konstant bei etwa 40 Prozent, das heißt, die relative Überproduktion im Inland konnte nicht weiter auf den Weltmarkt gebracht werden, da die internationale Konkurrenz den gleichen Weg ging.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1981/82 ist in vielen westlichen Staaten die Binnennachfrage massiv zurückgegangen. Selbst Japan, das eine Zeitlang davon unberührt zu sein schien, wurde nun von ihr eingeholt; erstmals seit 10 Jahren ging dort die Rohstahlproduktion 1982 auf unter 100 Millionen Tonnen zurück. Wie ernst die Situation mittlerweile ist, zeigte der 16. Weltstahlkongreß im Oktober 1982 in Tokio. Jedes kapitalistische Land versucht, »seine« Industrie vor der Konkurrenz zu schützen, durch Lieferbeschränkungen, Zölle usw. »Der japanische Wirtschaftsminister hat dann auch in die Diskussion auf dem Stahlkongreß eingegriffen und keinen Zweifel gelassen, daß dieser Protektionismus nicht nur die Stahlwirtschaft zerstört, sondern gleichzeitig auch den freien Welthandel zum Erliegen bringt und letztendlich - bei konsequenter Fortsetzung - auch das Ende der westlichen Demokratien bedeuten könnte.«² Oder wie wir es sagen würden: Die unkontrollierbaren Folgen der kapitalistischen Produktionsweise veranlassen die schwächeren kapitalistischen Länder dazu, ihre Grenzen dichtzumachen, mit der Folge der Störung des Warenflusses und Krisenverschärfung, die den Bestand dieser »Ordnung« überhaupt in Frage stellt.

Vom Freihandel zu Schutzzöllen — eine alte Melodie, über die Friedrich Engels einmal schrieb: »Elend der großen Volksmasse infolge einer Überproduktion, die entweder periodische Krisen oder chronische Stagnation des Verkehrs erzeugt; Spaltung der Gesellschaft in eine kleine Klasse großer Kapitalisten und eine große Klasse tatsächlicher Lohnsklaven, Proletarier, deren Zahl beständig wächst, während sie

¹ Huffschildt u. a., Ein Beispiel gesellschaftlicher Strukturenformen: Die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie; Manuskript, 1981, S. 19/20

² Frankfurter Allgemeine vom 16. 10. 1982

³ Friedrich Engels, Schutzzoll und Freihandel, MEW 21, S. 374

⁴ Während die BRD-Stahlkonzerne die vorhandenen Werke modernisierten, ging die internationale Konkurrenz teilweise andere Wege. Die Japaner errichteten riesige integrierte Hüttenwerke an Tiefseehäfen, um Transportvorteile zu nutzen. Auch in Europa wurden einige moderne Küstenwerke aufgebaut: Ghent-Zelzate ARBED; Dünkirchen, Usinor; Bagnoli, Italsider; Teeside, British Steel; Fos sur Mer, Solmer.

ebenso beständig durch neue arbeitssparende Maschinerie überzählig gemacht wird; kurz, Verrennung der Gesellschaft in eine Sackgasse, aus der kein Entkommen möglich ist, außer durch eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft zugrundeliegenden ökonomischen Struktur.«³

Die westdeutsche Stahllandschaft

Die Stahlunternehmen verteilen sich auf wenige Standorte in der BRD. Sie sind historisch durch die Nähe zum Erz (z.B. Siegerland), durch Kohle (Ruhr, Saar), durch günstige Transportwege (z.B. Bremen), durch politische Entscheidungen (ehemalige Reichswerke Hermann Göring, Salzgitter) oder durch Zusammenwirken mehrerer dieser Faktoren entstanden. Walzstraßen und Röhrenwerke liegen meist in unmittelbarer Nachbarschaft.

Technisch wurden die Betriebe in den letzten 15 Jahren fast überall auf einen modernen Stand gebracht. Schwerpunkte waren: Vergrößerung der Hochöfen, neue Verfahren bei der Stahlherstellung und Automatisierung der Walzstraßen. Beispielsweise ist die Anzahl der Hochöfen um mehr als die Hälfte reduziert worden. Die modernste Generation der Hochöfen hat eine Kapazität von 3 Millionen Jahrestonnen.⁴ Die Hüttenwerke bereiten das Erz selbst auf, mittlerweile sind etwa 2/3 gesintert oder pelletisiert. Oxygenstahl hat den SM-Stahl abgelöst. Mit der Automatisierung von Walzstraßen ergab sich die Stabilisierung der Walzprozesse, verbesserte Produktqualität und geringerer Energieverbrauch.

Die EG und die BRD-Stahlkonzerne

Die westdeutsche Stahlindustrie produziert ein knappes Drittel des Gesamtausstoßes aller EG-Staaten. Diese Quote hat sich in den letzten Jahren kaum verändert, was bedeutet, daß sie zwar nach wie vor die entscheidende Rolle spielt, die anderen Stahlkonzerne aber nicht niederzukonkurrieren konnte. (Eine Ausnahme ist England.) Die Kapazitäten in der Gesamt-EG stiegen zwischen 1974 und 1978 um 12 Prozent (BRD 14; Italien 23,9; Frankreich 6,2; Großbritannien nur um 0,3). Fast überall wurde versucht, für den nächsten Boom Vorbereitungen zu treffen, um der Konkurrenz davonzueilen. Ergebnis: sprunghafter Kapazitätsaufbau bei sinkenden Absatzmöglichkeiten.

Über die EG wurde mit der Produktionsquotenabsprache Eurofer I 1977 versucht, durch Quotenzuteilungen und Preisanhebungen den Konkurrenzkampf zu bremsen und den Konzernen über die Krise hinwegzuhelfen. Das Kartell platzte,

Inhaltsverzeichnis

Stahlindustrie: Kahlschlag droht	1
Dortmund: Arbeitsplatzvernichtung erzwingt neue Wege	5
Dambruch bei ARBED-Saarstahl	7
Resignation in Völklingen	9
Betriebsbesetzung bei HECKEL, Saarbrücken:	
● Geschichte des Kampfes bei Heckel	10
● Keiner schiebt uns weg	11
● Solidaritätsveranstaltung in Köln	12
Vorschläge der DKP zur Lösung der Stahlkrise	12
30. Januar 1933: Was haben sie gelernt?	14
8. März — Internationaler Frauentag	
● Frauen in der Krise — zurück an den Herd	17
● Die Frauenfrage in der Arbeiterbewegung	20
Hamburg: Bürgerschaftswahl — SPD — GAL	22
Zur Diskussion über ...	
..... die Grünen in Hessen: Gegenkritik	23
Arbeiterkorrespondenzen	
Dänemark: Streik der Hafentarbeiter	24
Paderborn: Betriebsschließung bei Intercolor	27
Kassel: Das Ende bei Enka	28
Frankfurt: Kongreß der Arbeitsloseninitiativen	30

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA — Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15 Postscheck Hamburg 4100 77-206, BLZ 200 100 20

weil eben wegen der Überkapazitäten einige Unternehmen (z.B. Klöckner) zur Auslastung ihrer Anlagen einen Preiskrieg auf Kosten der anderen führten.

Mit den Quotenabsprachen Eurofer II ab Ende 1980 sollte die Ausgangsbasis der jeweiligen nationalen Stahlindustrie erneut festgeschrieben werden. Von Anfang an gab es Gerangel um die Produktionsquoten. Mit dem Aussteigen einiger Konzerne, in der BRD wieder Klöckner, scheiterte es ebenfalls. Klöckner wurde sogar aus dem Wirtschaftsverband Stahl zeitweise ausgeschlossen, konnte aber gar nicht anders handeln, da nur bei hoher Auslastung niedrige Kosten zu erzielen sind und der Konzern aufgrund seiner dünnen Finanzdecke nicht in der Lage ist, längere Durststrecken zu überstehen.

Parallel zu den Zwangsquoten wurde vom EG-Kommissar Davignon ein nach ihm benannter Finanzierungs- und Organisationsplan erstellt. Ziel: Kapazitätsabbau in der EG um rund 15 Prozent, Abbau von mindestens 80 000 Arbeitsplätzen. Im Plan waren freiwillige Quoten- und Preisbeschränkungen enthalten, ebenso Überlegungen zum »geräuschlosen« Belegschaftsabbau über Sozialpläne usw.⁶

Angesichts der Zuspitzung der Krise jetzt sind alle Pläne nur noch Makulatur. Festzuhalten bleibt, daß es der BRD-Stahlindustrie nicht gelungen ist, über den Hebel EG den anderen Stahlindustrien die Lasten aufzubürden und damit die Krise **nach außen** zu lösen. Die jetzt getroffenen neuen EG-Vereinbarungen zwingen im Gegenteil die BRD-Stahlkonzerne dazu, die vorhandenen europäischen Kräfteverhältnisse zunächst zu akzeptieren und **nach innen** eine Neuorganisation durchzuführen, die den nächsten Anlauf ermöglicht. Das ist der Grund für den jetzt eingeschlagenen Kurs ohne Rücksicht auf Verluste.

Staatliche Subventionen als Stützen der »Neuordnung«

1981 startete die BRD-Schwerindustrie eine massive Pressekampagne gegen die Subventionen in anderen Ländern, die den »Wettbewerb verzerren« und letztlich hier Arbeitsplätze kosten würden. Dabei wurden erstmals Zahlen bekannt. Von 1975 bis 1980 lagen die Schätzungen für Großbritannien bei 25 Milliarden DM, Belgien 6,6 Milliarden DM, Frankreich 6,65 Milliarden DM und Italien 7,2 Milliarden DM. Damit haben die Staaten »ihren« Laden flottzumachen bzw. den Zusammenbruch ganzer Regionen zu verhindern versucht, um soziale Unruhen auszuschließen. Allerdings war es in der BRD nicht anders. Investitionshilfen von bis zu 20 Prozent (Maxhütte, ARBED) über Länderfonds, Regionalprogramme für das Ruhrgebiet, arbeitsmarktpolitische Programme und Steuererleichterungen (Wegfall der Lohnsummensteuer) sind den Konzernen in die Taschen geflossen. Über Bürgerschaften und Kredite erhielt der ARBED-Konzern über 2 Milliarden DM, der Salzgitter-Konzern profitiert vom Bau des Elbe-Seiten-Kanals usw.

Zwar ist die BRD das stärkste EG-Land, sie kann aber den Weg der Subventionierung auf Dauer genausowenig durchhalten wie die anderen. Erstens werden dadurch Kapazitäten — wenn überhaupt — nur sehr langsam abgebaut, zweitens hat sich gezeigt, daß auf diesem Wege Unternehmenszusammenschlüsse kaum vorankommen, drittens werden Subventionen in der Krise zum Faß ohne Boden (siehe AEG). Das hindert aber die Banken nicht, für ihr Konzept weitere Zuschüsse aus Steuergeldern von mindestens 2 Milliarden DM zu fordern. Die Zusage der Regierung liegt vor.

Wir bitten die Abonnenten der Informationsbriefe »Arbeiterpolitik«, den Abo-Preis von 20,- DM für die Lieferungen 1983 zu überweisen auf das Konto

GFSA e.V. · Postscheck Hamburg
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 4100 77-205

mit anliegender Zahlkarte. Allen Lesern, die die »Arbeiterpolitik« politisch und materiell mit Beiträgen, Spenden und Zuschriften unterstützt haben, sprechen wir hier unseren Dank aus.

Die »Moderatoren« des Finanzkapitals

»In einem Gespräch am 16. November 1982 der Stahlunternehmen Thyssen, Krupp, Hoesch, Peine-Salzgitter, Klöckner, Saarstahl und Korf im Bundeswirtschaftsministerium wurde von den Unternehmen mit Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers einvernehmlich beschlossen, drei Moderatoren einzusetzen und sie zu bitten, Vorschläge für unternehmensübergreifende Kooperationen und marktstabilisierende Maßnahmen zu erarbeiten und vorzulegen. Die Tätigkeit der Moderatoren ist ehrenamtlich.«⁷ Wer hatte nun die »Ehre«? Herrhausen (Deutsche Bank), Bierich (Allianz-Versicherung) und Vogelsang (Beauftragter für Bundesbeteiligungen). Der Bock wurde zum Gärtner!

Hinter dem mit Abstand größten Stahlproduzenten in der BRD, Thyssen, steht die Deutsche Bank, die wiederum durch Aktientausch eng mit der Allianz verbunden ist. Auch bei den meisten anderen Stahlkonzernen haben die Banken das Sagen: Hoesch, Klöckner und ARBED unterliegen durch die gewährten Kredite ihrem direkten Einfluß. So ist es z.B. kein Geheimnis, daß der Vorstandsvorsitzende von Hoesch, Rohwedder, die Interessen der Deutschen Bank im Vorstand zur Geltung bringt. Was Bankenmacht heißt, zeigt der Vergleichsantrag der Korf-Gruppe, der durch drastische Kürzung der Kreditlinien erzwungen wurde. Hier sei nur angemerkt, daß auch bei den Konzernen, deren Aktien offiziell »Streubesitz« sind (also breiter verteilt), z.B. Mannesmann, über das sogenannte Depotstimmrecht der Bankeneinfluß gewährleistet ist. Über die bei den Banken hinterlegten Aktien kleinerer Eigentümer setzen diese ihre Interessen als »Vertreter« durch.

Nur noch zwei Konzerne

Noch bevor der Vorschlag der »Moderatoren« auf dem Tisch lag, schrieb die »FAZ«: Es müßten nach Meinung der Stahlindustrie klar voneinander abgegrenzte Unternehmenseinheiten im Sinn von »Profitcenters« geschaffen werden. Daran wird deutlich, um was es eigentlich geht: **um Profit, nicht um Menschen!** Wie sehen die Vorschläge aus?

»Kernpunkt der Vorschläge ist die Zusammenfassung der Produktion von Flachstahlerzeugnissen und schweren Profilen in den beiden Gruppen »Rhein« und »Ruhr«. Dabei werden zwei Zentren herausgestellt: Thyssen Hamburg für die Gruppe »Rhein« mit einer monatlichen Flachstahlproduktion (Basis 1981) von 466.000 Tonnen, gebildet aus den Betrieben von Thyssen und Krupp; Hoesch in Dortmund für die Gruppe »Ruhr« mit 461.000 Tonnen Flachstahl, hervorgehend aus den Werken von Hoesch, Peine-Salzgitter und Klöckner-Bremen. Dabei könnten — nach der Vorstellung der Moderatoren — die Werke Peine, Salzgitter und Bremen als reine Betriebsgesellschaften mit Verkauf, örtlicher Werkleitung fungieren, während die Verwaltung, Einkauf und Finanzen in Dortmund konzentriert würde.

Während die Produktion schwerer Profile (vor allem Schienen und Träger) nach Meinung der Moderatoren mit der Bildung der Gruppen »Rhein« und »Ruhr« ebenfalls sinnvoll geordnet werden könnte, braucht die Neuordnung der leichten Profile (darunter Walzdraht und Betonstahl) eine andere Lösung, schon weil hier die Produktionstechniken unterschiedlich sind. Hier werden auch mehr Werke mit einbezogen: neben Thyssen, Krupp, Hoesch, Klöckner und Salzgitter auch die Saarstahl- und die Korf-Gruppe. Dabei

⁶ Die Grenzen der EG-Kommission werden in folgender Schilderung klar: »Die Stahlindustrie hat, ob man es will oder nicht, den Hang zum Gigantischen. In fünfundsiebenzig Jahren ist die technische und wirtschaftliche optimale Betriebsgröße von 1 Millionen t im Jahr auf 10 Millionen t gewachsen. Entsprechend wuchs auch der Kapitalbedarf. Er übersteigt heute jedes Fassungsvermögen. Es braucht niemand zu wundern, wenn Unternehmen sich zusammenschließen, um eine breitere Grundlage für die Deckung des Kapitalbedarfs zu schaffen. Geändert hat sich aber nicht nur die Größe der Probleme, sondern auch der Ort, an dem die Entscheidungen getroffenen werden. Bis 1952, also bis zum Inkrafttreten des Montanvertrages, entschieden ganz natürlich die Staaten über Absprachen der Industrie innerhalb der Landesgrenzen. Als aber die Stahlriesen über die Landesgrenzen hinauswuchsen, waren auch die Landesregierungen mit der Wahrnehmung der Verbraucher- und Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Giganten überfordert.«

Aus: »Europa Aktuelle«, veröffentlicht vom »Verbindungsbüro«, ohne Jahrgang.

⁷ Bericht der Moderatoren vom 23. 1. 1983

würden im einzelnen die heutigen Konzerne bestimmte Fertigungen aufgeben, so daß sich die Produktion auf weniger Anlagen verteilen würde. (...)

Mit dem Verhandeln von Einzelheiten dürfe nun keine Zeit mehr verlorengehen, betonte Vogelssang. Darum schlagen die Moderatoren zunächst einmal die Bildung von Verkaufsgesellschaften für Flachstahl und schwere Profile vor, die gleichsam als Vorstufe für gesellschaftsrechtliche Zusammenschlüsse zu dienen hätten. In der Verkaufsgesellschaft »Rhein« sollen folgende Unternehmen zusammengefaßt werden: Thyssen, Krupp, Stahlwerke Bochum, Stahlwerke Rasselstein und Theodor Wuppermann. An eine Fusion ist hier freilich nur für Thyssen und Krupp gedacht, während die anderen Mitglieder dieser Verkaufsgesellschaft – soweit sie es noch sind – unabhängig bleiben sollen. In der Verkaufsgesellschaft »Ruhr« sollen Hoesch, Peine-Salzgitter, Klöckner, Maxhütte und Saarstahl zusammengefaßt werden. Sobald die von den Moderatoren empfohlenen neuen Gruppen durch Fusion zustande gekommen sind, können dann nach ihrer Meinung die Verkaufsgesellschaften wieder aufgelöst werden.

Die für die leichten Profile vorgeschlagenen Verkaufsgesellschaften dagegen sollen nicht zu Fusionen führen, sondern auf Dauer den Verkauf der Mitgliedfirmen zusammenfassen. Die Unternehmer Arbed Saarstahl GmbH, Badische Stahlwerke AG (Korf), Hamburger Stahlwerke GmbH (Korf und Klöckner), Stahlwerke Bochum, Rasselstein, Theodor Wuppermann und die neu entstehende Edelstahlgruppe von Thyssen und Krupp könnten als unabhängige Unternehmen bestehen bleiben. An der Saar wird nach den geplanten Strukturmaßnahmen die Roheisenerzeugung auf Dillingen konzentriert, und bei Saarstahl bleiben das LD-Stahlwerk mit Strangußanlagen sowie die erhaltenswerten Walzstraßen. Der luxemburgische Arbed-Konzern habe sich damit einverstanden erklärt, daß Saarstahl im Verkauf aus dem Arbed-Konzern ausgegliedert wird.⁸

Das Konzept könnte beispielsweise für Dortmund bedeuten: Verschrottung der Breitbandstraße einschließlich Sinter, Hochofen und Stahlwerk, als Rest bleibt höchstens eine Kaltwalzwerks GmbH. Aber alle Standorte müssen sich darauf einstellen, daß durch Produktausgleich (z. B. bei Quattroblechen) oder Zentralisierung (z. B. bei Edelstahl) Belegschaften massiv abgebaut werden oder Schließungen anstehen; dazu bringt die »Neuordnung« einen Rationalisierungsschub in den verbleibenden Produktionsstätten. Es geht ans Eingemachte! Keine Belegschaft ist mehr »sicher« wie viele das heute noch meinen.

Die Vorstellungen der IG Metall...

In einer Broschüre hat die IGM 1977 ihr Politik dargestellt: »Investitions- und Personalpolitik werden irritiert durch enorme zyklische Schwankungen von Mengen und Preisen. Eine Stabilisierungspolitik sollte eigentlich an der Verstärkung des Stahlbedarfs ansetzen. Sie wäre nicht aussichtslos, erforderte aber ein umfassendes gesamtwirtschaftliches Konzept. Praktiziert wird stattdessen ein von der EG-Kommission gelenktes Quotenkartell der Anbieter: Eine befristete Notlösung, und nur als solche von den EG-Gewerkschaften freudlos toleriert. Sie achten darauf, daß die Beschäftigten keinen Nachteil davon haben. Von grundlegender Bedeutung für die Stahlmarktpolitik in der EG ist die Konzernstrategie horizontaler Fusionen. Dagegen ist nichts einzuwenden, solange ein »weites Oligopol« erhalten bleibt, die Mitbestimmung nicht eingeschränkt wird, und sofern die Konzerne sich einem gemeinwirtschaftlichen Verhalten nähern. Überwiegend positiv ist das Bestreben der Konzerne zu würdigen, durch vertikale Fusionen (Diversifizierung) ihr Konjunkturrisiko zu mildern und an den Preisvorteilen der Verarbeitungserzeugnisse teilzuhaben. Gelingen ist das bisher nur in Einzelfällen. Die Arbeitnehmer können sich eine Minderung des Konjunkturrisikos weniger von Marktstrategien erhoffen als von einem zeitlichen Einkommensausgleich, von den Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen des EGKS-Vertrages und von einer mittelfristigen Personalpolitik. Mitbestimmung und mittelfristige Orientierungsdaten hatten die Personalplanung in den letzten Jahren erfolgreich verstetigt.«⁹ Nach diesen Vorstellungen hat die IGM-Führung die Stahlkrise mit »bewältigt«. Und was ist davon geblieben?

VERKAUFSGESELLSCHAFTEN FLACHPRODUKTE UND SCHWERE PROFILE

VERKAUFSGESELLSCHAFT RHEIN

Gesellschafter:
Thyssen
Krupp
Stahlwerke Bochum
Rasselstein
Wuppermann

VERKAUFSGESELLSCHAFT RUHR

Gesellschafter:
Hoesch
Peine-Salzgitter
Klöckner
Maxhütte
Saarstahl

LEICHTE PROFILE

VERKAUFSGESELLSCHAFT NORDWEST

Gesellschafter:
Thyssen
HaW

VERKAUFSGESELLSCHAFT SÜDWEST

Gesellschafter:
Saarstahl
BSW
Maxhütte

Oberstes Ziel der IGM war die »Verstärkung des Stahlbedarfs«. Die Krise hat offengelegt, daß eine Planung im Kapitalismus überhaupt nicht möglich ist, auch nicht mit guten Absichten über ein »gesamtwirtschaftliches Konzept«. Angesichts der Tatsachen muten die Vorstellungen der IGM anachronistisch an. Mit ihrer Position, Fusionen »überwiegend positiv« zu »würdigen«, kann die IGM natürlich auch jetzt nicht konsequent gegen den Zusammenschluß Thyssen-Krupp auftreten. In einem Positionspapier heißt es dazu: »Wie wir zwischenzeitlich erfahren haben, hat der Vorstand der Hoesch Werke AG in einem Schreiben an den Krupp-Vorstand diesen wissen lassen, daß die Absichtserklärung von Krupp und Thyssen die Geschäftsgrundlage des Ruhrstahl-Konzepts in der bisher verabredeten Form aufs äußerste gefährdet. Der Vorstand der Hoesch Werke AG drängt darauf, daß Krupp die in der Absichtserklärung angekündigten Untersuchungen bis zur Verwirklichung der Ruhrstahl AG ruhen lassen soll. Krupp wird aufgefordert, die vorgesehenen Untersuchungen mit Thyssen nicht beginnen bzw. fortführen zu lassen und dies Thyssen auch im Namen von Hoesch als Ruhrstahl-Partner mitzuteilen... Ganz ohne Zweifel bedeutet die Herauslösung der Edelstahlaktivitäten aus der Krupp Stahl AG, daß die von den beteiligten Aufsichtsräten am 4. 2. 1982 einmütig gefaßten Beschlüsse nicht mehr realisiert werden können. Allein durch die Ankündigung von Krupp und Thyssen, Untersuchungen über eine Zusammenlegung ihrer Edelstahlbereiche einzuleiten, ist die Verwirklichung der im Strukturkonzept der künftigen Ruhrstahl AG vorgesehenen Investitionsvorhaben aufs äußerste gefährdet... Die IG Metall sollte deshalb der Gründung der Ruhrstahl AG in der ursprünglichen Konzeption den Vorrang einräumen, um entstehende Verunsicherungen zu beseitigen. Die vorgesehene Gründung einer Edelmetallgesellschaft kann die IG Metall aus den oben genannten Gründen nicht unterstützen.«¹⁰ Allerdings richtet sich die raue Wirklichkeit nicht nach den Wünschen der IGM. Ob sie nun den Zusammenschluß von Thyssen und Krupp befürwortet oder nicht, vollzogen wird er sowieso. Im übrigen war klar, daß auch beim »Ruhrstahl-Konzept« Arbeitsplätze verloren gehen würden. Vor Hoesch-Vertrauensleuten mußte Rudolf Judith im Dezember 1982 zugeben: »Die IGM hat im Moment kein Konzept.«

Die IGM als Arzt am Krankenbett des Kapitals

Ein neues IGM-Konzept wurde Mitte Januar von der IGM auf einer Klausurtagung mit den 20 Vorsitzenden der Gesamtbetriebsräte der Stahlindustrie erarbeitet. Im »Positionspapier« wird das Ergebnis zusammengefaßt: »Wiederherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EG, Einhaltung der von der EG-Kommission vorgegebenen Quoten, Einhaltung der festgelegten Mindest- und Orientierungspreise; die Preisregulierung ist konsequent mit dem Ziel

⁸ FAZ vom 24. 1. 1983

⁹ IGM, Strukturwandel in der Metallindustrie, Frankfurt 1977, Seite 12

¹⁰ Position der Industriegewerkschaft Metall zur Situation der Ruhrstahl AG... ohne Datum (Ende August 1982), Seite 2

Die Folgen

Am Tag nach der Vereinbarung schrieb der »Kölner Stadt-Anzeiger: »Lambsdorff und Stoltenberg haben ihr Blatt voll ausgereizt. Sie haben die IG Metall zu einem Rückzug gezwungen, wie er deutlicher nicht hätte ausfallen können. Beide Seiten mögen nun sagen, sie hätten lediglich Rücksicht genommen auf ganz besondere örtliche Verhältnisse. Örtliche Besonderheiten gibt es aber in der einen oder anderen Form überall. Die Saarentscheidung könnte daher sehr wohl dazu führen, daß in Zukunft die individuelle Lage eines Unternehmens, einer Region, einer Branche in Tarifverhandlungen eine größere Rolle spielen wird als bisher. Die differenzierte Lohnpolitik, die dabei herauskäme, hätte sicher ihre Vorteile, sie wäre aber auch nicht problemlos. Zumindest müßte sie, das läßt sich wohl schon sagen, flankiert werden durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.« (9. 12. 82). An dieser Einschätzung wird auch deutlich, warum der Arbeitgeberverband der IGM zunächst Schützenhilfe gab, er wollte den Fall ARBED als Hebel für die gesamte Lohnpolitik haben und nicht durch einen Haustarif die eigene Kraft schwächen. Beteiligung am Produktivvermögen dient zur Verschleierung des Lohnabbaus, mehr nicht.

Die IGM ist gezwungen worden, in einer Schlüsselbranche dem Lohnabbau zuzustimmen. Diesem Durchbruch der Regierung und der Unternehmer werden weitere Vorstöße folgen. Wer Lohnkürzungen bei der notleidenden ARBED zustimmt, muß auch seinen »Beitrag« für die notleidende Stahlindustrie leisten usw. Damit ist eine grundlegende Änderung der Tarifpolitik eingeleitet worden, die Schritt für Schritt den Druck auf die Arbeiter und Angestellten verschärft. Ein Vergleich ist nur mit einem ähnlichen Durchbruch der Stahlbarone 1930 möglich.

Resignation in Völklingen

1977 war die Vernichtung von Arbeitsplätzen noch verhältnismäßig »unblutig« (durch Einstellungsstopp, natürlichen Abgang, innerbetriebliche Umsetzung) durchgeführt worden. Die Kurzarbeit wurde Dauerzustand. Gerade die häufigen innerbetrieblichen Versetzungen führten oft zu einer Verschlechterung der Arbeits- und/oder Einkommensbedingungen. Auch wurden die betrieblichen Sozialleistungen abgebaut.

Als der Geschäftsführer von Röchling Völklingen und Burbach am 3.3.77 die Stilllegung von 14 Werkshallen ankündigte, lehnten die BR's diese Maßnahmen zunächst ab (weil weder die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat noch der BR informiert waren), das Schwergewicht wird jedoch nicht auf eine prinzipielle Abwehr der Sanierungskonzeption der Konzerne, sondern auf den Abschluß möglichst günstiger Sozialpläne gelegt. Eine Mobilisierung der Belegschaften findet nicht statt. Im Vordergrund stand immer die Frage nach ausreichenden Sozialmitteln und Art und Ablauf der geplanten Stilllegungsmaßnahmen. Als Beispiel sei hier eine Presseinformation der IGM-Verwaltung Neunkirchen zitiert zu den angekündigten Massenentlassungen: »... daß die wirtschaftlichen Gründe, mit denen die Massenentlassungen begründet werden, der IGM bekannt sind und von ihr auch nicht bestritten werden können ... Unsere gemeinsamen Aktivitäten laufen darauf hinaus, zu einer Situation angemessener Sozialplanregelung zu kommen, die weitgehend soziale Härten vermeiden kann.«

Die Teilnahme von zehntausenden Stahlarbeitern an den zahlreichen im letzten Jahr von der IG Metall in den verschiedenen saarländischen Städten organisierten Demonstrationen und Kundgebungen machten jedoch deutlich, daß große Teile der Belegschaften schon bereit waren, sich für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze einzusetzen und der IGM bei einem offensiven Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze auch gefolgt wären.

Insgesamt erschien der IGM die ökonomische Lage der saarländischen Stahlindustrie zu desolat, um von den

Konzernen den Verzicht auf die Massenentlassungen zu fordern. Es wurden zusehends nicht nur die Belegschaften gespalten (indem man z. B. immer versicherte, die Stammebelegschaft würde nicht entlassen), es waren auch die Betriebsräte der Hütten noch nicht einmal zum Informationsaustausch, geschweige denn zur Zusammenarbeit, bereit. »Konkurrenzdenken, Profitdenken, Machtpositionen zuungunsten der anderen zu verändern — dieses Denken hat auch vor den Betriebsräten nicht Halt gemacht« (Zitat aus Judith/Peters, Krise der Stahlindustrie — Das Beispiel Saarland).

Dieser Standpunkt der Betriebsräte und auch der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten (die ihre Möglichkeiten der Information und Aufklärung der Arbeiter nicht nutzten) deckt sich mit der Haltung der Gewerkschaft insgesamt. Diese konnte keine eigene Strategie zur Verteidigung der Arbeitsplätze entwickeln, denn ihr Denken geht ja davon aus, daß es den Arbeitern nur gut geht, wenn es den Kapitalisten gut geht, es ist in dem »Gesamtwohl« und der Gesamtverantwortung der Gewerkschaften für diesen kapitalistischen Staat verwurzelt. Geht es also den Unternehmen schlecht, und das ist an der Saar offensichtlich, so bleibt nur die Anpassung der Arbeiter an die Situation, die Zustimmung zur massenhaften Arbeitsplatzvernichtung und der möglichst gute Sozialplan zur Beruhigung der Betroffenen.

Die Zeit der relativ guten Sozialpläne ist aber endgültig vorbei. Noch bis Ende 1982 konnten nach dem Sozialplan Kollegen, die das 55. Lebensjahr erreicht hatten, mit insgesamt 90% ihres vorherigen Nettolohns in Rente gehen. Der neue Sozialplan sieht nur noch höchstens 70% vor. Auch die Staatskassen sind leer, und die Kollegen, die schon erhebliche finanzielle Einbußen hatten, haben resigniert und spüren immer deutlicher, daß die Vorstellungen der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte nicht in Erfüllung gehen, daß mit Hilfe von Sozialplänen und Abfindungen sich ihre Probleme lösen lassen. Wer früher 2000 Mark netto hatte, geht heute (ohne den Härteausgleich zum Kurzarbeitergeld) mit 500 bis 600 Mark weniger nach Hause. Eine neue Fahrgeldregelung wurde vom BR gebilligt, bei der ARBED viel Geld spart. Außerdem haben die Stahlarbeiter bzw. der BR das gesamte Vermögen aus der betrieblichen Pensionskasse (70 Mio) ARBED zur Verfügung gestellt. In dieser Situation kam nun die »Wende« zur CDU-Regierung, die es sich nicht nehmen ließ, der Gewerkschaft zusätzlich die Pistole auf die Brust zu drücken: entweder ihr verzichtet in zwei Jahren jeweils auf die Hälfte der tariflichen Jahresleistung oder wir zahlen nicht und ihr steht alle auf der Straße. Was blieb der Gewerkschaftsführung da übrig?

Obwohl das Verlangen der Kohl-Blum-Regierung nach den bereits gebrachten Opfern als ungeheuerlich empfunden werden mußte, waren die Kollegen nicht in der Lage, den Kampf dagegen aufzunehmen. Selbst wenn die Gewerkschaft jetzt den Kampf hätte aufnehmen wollen, wäre es fraglich gewesen, ob die Kollegen ihr gefolgt wären, so tief war die Resignation. Diese Situation nutze der christlichen Metallarbeiterverband zusätzlich, um Verwirrung zu stiften, indem er von Gewerkschaft und Betriebsrat lautstark die Zustimmung zu der Forderung der Regierung verlangte.

Von Kapitalisten und CDU-Regierung wird dies sicher als Beispiel dafür verstanden, wie man zukünftig mit Tarifvereinbarungen umzuspringen gedenkt. Durch den Verzicht der Kollegen in Völklingen/Burbach ist selbstverständlich der Arbeitsplatz keinen Deut sicherer. Eine Sanierung der Arbed-Saarstahl, sollte sie gelingen, wird mit Sicherheit noch tausende Arbeitsplätze kosten, und die BR's werden versuchen, die Folgen zu mildern. So kam z. B. aus Völklingen vom BR der Vorschlag, daß die Kollegen, die nicht kurzarbeiten müssen, den Lohn für vier Arbeitsstunden in der Woche in einen Fond geben; dies soll dann an die Kurzarbeiter verteilt werden, die ja keinen Härteausgleich mehr bekommen. Kollegen in »Frührente« wurden aufgefordert, 100 Mark monatlich von ihrer Rente den Kurzarbeitern zu geben.

Doch trotz der Entlassungen, Kurzarbeit, den staatlichen Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften droht Arbed-Saarstahl heute mit dem Konkurs, was die Arbeitslosenquote mit Sicherheit auf über 20% (heute über 10%) hinaufschleunigen lassen würde und »die Verödung einer ganzen Region« (so Manfred Wagner vom DGB) bedeuten würde.

